

Migration und Bundestagswahl 2017

Einwandererspezifische Wahlergebnisse und räumliche Unterschiede in Nordrhein-Westfalen

von Dirk Halm und Martina Sauer

Hintergrund und Fragestellung

Im Bundestagswahlkampf 2017 waren migrationsbezogene Themen von großer Bedeutung und hatten vermutlich beträchtlichen Einfluss auf den Wahlausgang. Diskutiert wurden insbesondere Fragen der Flüchtlingspolitik in Kombination mit Debatten über das Zusammenleben mit Muslimen und den Schutz vor Terror, aber auch der Umgang mit einer sich von Pluralität und Demokratie immer weiter entfernenden Türkei, bei zugleich rund 3 Mio. Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland und ihren vermeintlichen oder tatsächlichen Loyalitätskonflikten.

Nicht zuletzt am Wahlerfolg der einwanderungskeptischen AfD mit 12,6 % der Zweitstimmen laut des vorläufigen amtlichen Endergebnisses¹ wird deutlich, dass die genannten Themen für den Wahlausgang bestimmend waren. Hier ergibt sich eine große Herausforderung für die deutsche Politik. In den kommenden Jahren gilt es, ein faktisch superdiverses, bezüglich Lebensstilen und Einstellungen sich nicht nur aufgrund von Einwande-



rung immer weiter (offenbar auch bezogen auf das Parteiensystem) heterogenisierendes Land zu gestalten und hierfür Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern zu finden - und sich gegen eine politische Richtung zu behaupten, die die Wirklichkeit von Migration und Globalisierung verneint und stattdessen populistisch einen „Volkswillen“ vorgaukelt, der so weder existiert, noch demokratisch legitimiert ist (siehe zur AfD Werner 2016).

In der Breite stellen sich hier zunächst Aufgaben für die politische Bildung. Nicht bezogen auf die Wählerschaft der AfD, sondern auf die ebenfalls Einwanderungs- und islamskeptische Pegida-Bewegung identifiziert die Leipziger „Mitte“-Studie Verschwörungsmentalität, individuelle politischer Deprivation, vor allem aber (fremdenfeindliche) Gewaltbereitschaft und Demokratiedistanz im Sinne der Ablehnung von Interessenpluralität als Hauptmotive für die Sympathie mit Pegida (Yendell et. al 2016, S. 151). Insofern ist hier der demokratische Konsens gefährdet, da die Moderation von Interessen durch das politische System und die Le-



gitimität aller gesellschaftlichen Gruppen, Interessen zu formulieren, in Zweifel gezogen wird. Dabei scheint der Osten Deutschlands für diese Gemengelage besonders anfällig, und entsprechend schnitt auch die AfD bei der Bundestagswahl 2017 hier überdurchschnittlich ab, mit Ergebnissen um die 20% in den fünf ostdeutschen Flächenländern.

Der Verweis auf Ostdeutschland dient oft dem Beleg, dass islam- und einwanderungsskeptisches Wahlverhalten nicht unmittelbar mit Erfahrungen in einer ethnisch und religiös diversen Gesellschaft zu tun haben, denn eine solche Diversität wird in Ostdeutschland aufgrund geringer Einwandereranteile deutlich seltener erlebt als im Westen. Falls das stimmt, so stellen sich tatsächlich in erster Linie Anforderungen an die politische Bildung, während die Erfahrungswirklichkeit der Menschen jenseits von Medien zu vernachlässigen wäre - nicht der Kontakt zu Einwanderern, sondern die Berichterstattung über Migration führt zu einer Problematisierung und ggf. zu Ablehnung. Allerdings können sich unter der Bedingung größerer gesellschaftlicher Diversität, wie sie in Nordrhein-Westfalen vorhanden ist, auch andere Effekte zeigen und tatsächliche Missstände der Einwanderungsgesellschaft lokal manifestieren, was dann andere politische Reaktionen erfordert.

Das vorliegende ZfTI-Policy-Paper geht, bezogen auf das stark durch Einwanderung geprägte Land

NRW (mit einem Anteil Zugewanderter von 24%), der Frage nach, inwiefern die räumlich manifeste Einwanderungswirklichkeit im Land Hinweise für eine Erklärung des Abschneidens der AfD bei den Bundestagswahlen 2017 gibt – in NRW 9,4%. Zugleich fragen wir nach Hinweisen zum Wahlverhalten der Einwanderer selbst, wobei die Gruppe der wahlberechtigten Türkeistämmigen im Mittelpunkt steht. Beinhalten die Ergebnisse aus den Wahlkreisen Anzeichen auf den demokratischen Konsens gefährdende Konstellationen? Wir gehen dabei den Fragen nach, inwiefern

- die an Interessen der türkischen Regierung orientierte Partei „Allianz Deutscher Demokraten“ besonderen Zuspruch in Gebieten mit starken eigenkulturellen Infrastrukturen erhalten hat und
- hohe Einwandereranteile vor Ort die Wahl der AfD begünstigen.

Wahlergebnis der „Allianz Deutscher Demokraten“

Die „Allianz deutscher Demokraten“ (siehe Infobox) richtet sich an wahlberechtigte Einwanderer in Deutschland, wobei ihre Protagonisten aus der Türkei stammen und viele Positionen eine deutliche Nähe zur türkischen Regierungspolitik und zu Staatspräsident Erdoğan aufweisen. Dies zeigt sich in Ressentiments gegenüber der EU, den (die Politik in der Türkei kritisch begleitenden) deutschen Medi-

Allianz Deutscher Demokraten

Die „Allianz Deutscher Demokraten“ wurde 2016 gegründet [...] Motiv der Gründung war unter anderem der Beschluss des Deutschen Bundestages, mit dem dieser die Ermordung von bis zu 1,5 Millionen Armeniern während des Ersten Weltkrieges als Völkermord bezeichnete. Die Mitglieder der Partei kritisieren diesen Beschluss. Die Partei setzt sich besonders für Menschen mit Migrationshintergrund ein. [...] Die Allianz Deutscher Demokraten betrachtet sich nicht als eine religiöse Partei, allerdings verlangt sie die "Neutralität des Staates" gegenüber allen Religionen und die Stärkung der Rechte religiöser Menschen, insbesondere der Rechte muslimischer Mitmenschen. Im Zentrum steht außerdem die Förderung der Familie z. B. durch steuerliche Entlastungen oder Forderungen wie das elterliche Erziehungsrecht "gegenüber politischen Ideologien" stärker zu behaupten. Die Allianz Deutscher Demokraten spricht von "zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten" sowie vom "Eindruck, die deutschen Leitmedien seien längst ein Instrument einer gelenkten Demokratie". Die Partei äußert sich der EU gegenüber abwertend und behauptet, dass die Europäische Union in der derzeitigen Form gescheitert sei.

Quelle: Zimmer 2017

en und der Opposition gegenüber der deutschen Armenien-Politik.

Stimmen für die „Allianz“ können insofern als Herausforderung für den demokratischen Konsens interpretiert werden, als hier die Agenda einer Partei zumindest in weiten Teilen von türkischen politischen Positionen bestimmt wird, die nur mittelbar im Zusammenhang mit den Teilhabechancen und der Lebenssituation von Einwanderern in Deutschland stehen. Insofern kann die Wahlentscheidung für die „Allianz“ als Zeichen wenn nicht für soziale, so doch für politische Desintegration interpretiert werden, die zweifellos auch dadurch befördert werden kann, dass eine sehr kritische Haltung gegenüber der Türkei inzwischen von allen etablierten Parteien geteilt wird und das Potenzial für Protestwahlverhalten damit zunimmt. Der Aufruf von Präsident Erdoğan zum Boykott der etablierten Parteien im Vorfeld der Bundestagswahlen zielte zugleich klar auf eine politische Spaltung zwischen Türkeistämmigen und Aufnahmegesellschaft entlang „türkischer“ und „deutscher“ Interessen.²

Die „Allianz“ war bei der Bundestagswahl 2017 nur in NRW mit einer Landesliste vertreten und entsprechend auch nur in NRW wählbar. Vor diesem Hintergrund blieb ihr Erfolg insgesamt gering, und auch in NRW beträgt ihr Stimmenanteil lediglich 0,4%. Hinter dieser Quote verbirgt sich dann aber womöglich doch ein beträchtlicher Zuspruch der türkeistämmigen Wählerinnen und Wähler. In Nordrhein-Westfalen lebten nach Angaben des Mikrozensus im Jahr 2016 rund 947.000 Personen mit türkischem Migrationshintergrund, darunter 628.000 Personen ab 18 Jahre. Von diesen wiederum waren 189.000 deutsche Staatsbürger, so dass 2017 rund 190.000 Türkeistämmige in Nordrhein-Westfalen wahlberechtigt sein sollten. Zugleich erreichte die „Allianz“ rund 41.000 Stimmen. Ausgehend von der Annahme, dass sich darunter zumeist türkeistämmige Wählerinnen und Wähler befinden und einer angenommenen Wahlbeteiligung von 75% entsprechend des NRW-Durchschnitts bedeutet dies einen Stim-

menanteil 28% unter den wahlberechtigten Türkeistämmigen. Hier äußert sich ein Protestpotenzial, das anteilig so groß ist wie der Stimmenanteil der AfD in Sachsen, die dort mit 27% das für sie beste Ergebnis aller Bundesländer erzielte.

Möglicherweise wird dieses Wahlergebnis auch von türkischen Infrastrukturen vor Ort beeinflusst. Migrantorganisationen mit Türkeibezug haben in sehr unterschiedlichem Umfang Verbindungen zur türkischen Regierungspartei AKP und zur Regierung in der Türkei; in der sehr diversen, weltanschaulich und politisch breit streuenden türkischen Organisationslandschaft in Deutschland vertreten einige Organisationen offen türkische Regierungspositionen (vgl. Halm/Söylemez 2017). In den Zentren der türkischen Migration in NRW ist von einer besonders dichten türkischen Organisationslandschaft auszugehen, und ein Wahlkampf für die „Allianz deutscher Demokraten“ sollte hier einfacher und effektiver zu organisieren sein als in der Peripherie. Sollte dieser Umstand einen Einfluss auf den Wahlausgang gehabt haben, so würde dies in den Zentren der türkischen Migration einen Stimmenanteil der „Allianz“ von noch über einem Drittel bedeuten. Unwahrscheinlich wäre ein solcher Effekt, wenn sich in Wahlkreisen mit hohem und niedrigem türkischen Bevölkerungsanteil das Abschneiden der „Allianz“ nicht unterscheidet.

Angaben über wahlberechtigte Türkeistämmigen auf Stadt- oder Wahlkreisebene sind nicht verfügbar, weshalb ein näherungsweise Vergleich über den Anteil der „Allianz-Stimmen“ an der Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund vorgenommen werden (siehe Tabelle 1).

Das Ergebnis stützt nicht die Annahme eines Zusammenhangs zwischen der Größe der türkischen Gruppe oder auch ihres Bevölkerungsanteils in den Städten mit dem Abschneiden der „Allianz Deutscher Demokraten“. Das Wahlergebnis ist zwar nicht einheitlich, erscheint aber unabhängig von der Größe der türkischen Community in den Städten zu sein. In



Tabelle 1: Stimmenanteil der „Allianz Deutscher Demokraten in NRW-Städten³

Stadt	Einwanderer mit türkischem Migrationshintergrund	Anteil Einwanderer mit türkischem Migrationshintergrund an Gesamtbevölkerung (%)	Zweitstimmen „Allianz“	Zweitstimmenanteil „Allianz“ an Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund (%)
Herne	27.839	17,6	939	3,4
Duisburg	68.965	14,1	3.991	5,8
Remscheid	12.798	11,5	688	5,4
Köln	93.404	8,9	3.095	3,3
Dortmund	40.661	7,0	1.868	4,6
Krefeld	16.337	7,0	869	5,3
Bielefeld	20.912	6,4	1.026	4,9
Bottrop	6.949	6,0	408	5,9
Solingen	9.289	5,8	498	5,4
Wuppertal	17.701	5,0	844	4,8
Mönchengladbach	10.621	4,0	613	5,8
Essen	22.765	4,0	1.494	6,6
Mülheim/Ruhr	6.759	4,0	375	5,5
Düsseldorf	23.052	3,8	973	4,2
Bochum	13.639	3,7	904	6,6
Bonn	8.531	2,6	325	3,8

der Stadt mit dem größten und mit dem niedrigsten türkischen Bevölkerungsanteil, Herne (17,6%) und Bonn (2,6%), sind die Ergebnisse für die „Allianz“ stark unterdurchschnittlich und unterscheiden sich kaum (3,4% bzw. 3,8%). Auch wenn die Betrachtung keinen Aufschluss darüber gibt, ob sich der erwartete Effekt der eigenkulturellen Infrastrukturen bei einer kleinräumigeren Betrachtung besonders ethnisch segregierter Stadtviertel nicht doch zeigen würde, so sprechen die Ergebnisse z.B. in Duisburg und Köln, die beiden Städte mit der größten absoluten Zahl an Türkeistämmigen, in denen sich besonderer „Hotspots“ des türkischen Lebens mit besonders vitalen Vereinsstrukturen finden lassen, gegen einen solchen Zusammenhang, da zwar in Duisburg ein relativ hoher Stimmenanteil der Allianz vorliegt (5,8%), in Köln jedoch ein deutlich niedrigerer (3,3%). Die höchsten Anteile der „Allianz“-Stimmen finden sich in Essen und Bochum, beides Städte mit einem eher geringen Anteil der türkeistämmigen an der gesamten Bevölkerung (4,0 bzw. 3,7%). Der Zuspruch zur „Allianz“ und die damit verbundene poli-

tische Desintegration sollte damit eher keine sozialräumliche Qualität haben, sondern eher durch Massenmedien vermittelt sein, was angesichts der extensiven Berichterstattung über das deutsch-türkische Verhältnis in türkischen wie in deutschen Medien im Vorfeld der Wahl auch plausibel ist.

AfD-Erfolg als Folge sozialräumlicher Konflikte?

Eingangs hatten wir darauf hingewiesen, dass der verhältnismäßig große Wahlerfolg der AfD im Osten eher auf von der unmittelbar erfahrbaren Einwanderungswirklichkeit unabhängige Ursachen hindeutet. Dies schließt jedoch nicht aus, dass anderswo diese unmittelbare Erfahrung doch wirksam wird. Zugleich hängen populistische Einstellungen mit einem eher geringen Sozialstatus und Bildungsniveau zusammen und führen bei rechtsorientierten Wählern tendenziell zu einer Wahlentscheidung für die AfD (vgl. Vehrkamp/Wratil 2017, S. 17-18, 66). In NRW zeigten sich in noch vom industriellen Strukturwandel betroffenen Wahlkreisen deutlich überdurchschnittliche Resultate für die AfD, wobei diese

Gebiete aber zugleich auch überdurchschnittliche Einwandererquoten aufweisen.

Die Beantwortung der Frage, ob hier hinter ursächlich Erfahrungen mit der Einwanderungswirklichkeit oder die sozio-ökonomische Situation stehen, ist deshalb nicht leicht, weil sich ethnisch-kulturelle und soziale Segregation begünstigen (vgl. Janßen/Schroedter 2007, S. 470).

Auch könnte man bezweifeln, ob die getrennte Betrachtung beider Einflüsse überhaupt sachgerecht ist, wenn man annimmt, dass ethnisch-kulturelle Differenz besonders dann konfliktträchtig ist, wenn prekäre Lebenslagen vorherrschen. Ob dem tatsächlich so ist, kann aber pauschal nicht beantwortet werden, da es hier nicht nur um objektive Benachteiligung, sondern auch um subjektive Empfindungen geht („Deprivation“; siehe hierzu auch Neckel/Sutterlüty 2008).

Der Vergleich des Abschneidens der AfD in den Städten und Kreisen in NRW (Tabelle 2)⁴ sowie der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und SGB II-Bezug bestätigt tendenziell sowohl den Zusammenhang zwischen hohen Einwandereranteilen und häufig prekären sozialen Lagen (Gamma: 0,456^{***})⁵ als auch eines besseren Wahlergebnisses der AfD bei Vorliegen dieser beiden Voraussetzungen. Gelsenkirchen, wo die AfD mit 17% der Stimmen ihr bestes Ergebnis in NRW erzielte, weist zugleich

die höchste SGB II-Quote und einen der höchsten Einwandereranteile unter den Städten und Kreisen auf. Dessen ungeachtet wird das Muster in zahlreichen Fällen durchbrochen. Die wirtschaftlich prosperierenden Städte Bonn, Köln und Düsseldorf weisen trotz überdurchschnittlichen Migrationsanteils unterdurchschnittliche AfD-Wahlergebnisse auf, bei zugleich - in Düsseldorf und Köln - leicht überdurchschnittlichen SGB II-Quoten. Vier eher ländliche Kreise (Euskirchen, Höxter, Siegen-Wittgenstein, Minden-Lübbecke) haben trotz unterdurchschnittlicher Einwanderungs- und SGB II-Quote überdurchschnittliche AfD-Anteile. In beiden Konstellationen sind die zusätzlichen Einflüsse, die hier wirksam werden können, relativ naheliegend, so etwa in den prosperierenden Städten ein überdurchschnittlicher Anteil höher Gebildeter und ggf. auch eine positivere Konnotation von Einwanderung bzw. ein geringeres Ausmaß negativer Stigmatisierung, in den ländlichen Gebieten eine generell ausgeprägtere Einwanderungs- und Globalisierungskepsis. In vielen weiteren Fällen liegen solche Erklärungen für Unterschiede aber nicht auf der Hand.

Dass die Effekte des Einwandereranteils einerseits und der SGB III-Quote andererseits unterschiedlich stark sind, wird bei der Betrachtung der Abweichungen vom Durchschnitt nicht direkt deutlich, wohl, aber in einer statistischen bivariaten Zusammenhanganalyse: Mit einem Gamma-Wert von 0,241^{**} ist

Alternative für Deutschland

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) wurde 2013 gegründet [...] Seit 2014 ist sie bei allen Landtagswahlen in die Parlamente eingezogen. Ihre Gründung erfolgte in direkter Reaktion auf die Entscheidungen zum Euro-Rettungsschirm. So wandte sich die AfD programmatisch vorrangig zunächst gegen die damalige Europa- und Währungspolitik. Nicht zuletzt im Zuge eines Führungswechsels sind seit 2015 jedoch die Themen Zuwanderung, Asyl und Migration verstärkt in den Fokus der AfD gerückt. Auch gesellschaftspolitische Fragen spielen eine zunehmende Rolle. In der Politikwissenschaft wird die AfD als rechtspopulistische Partei eingestuft. In Teilen der Partei sind inzwischen auch völkisch-nationalistische und rechtsextreme Tendenzen erkennbar. [...] Gesellschaftspolitisch befürwortet die AfD "Deutsche Leitkultur statt Multilateralismus" und spricht sich gegen eine vermutete "Gender-Ideologie" aus. Den Islam, der nicht zu Deutschland gehöre, sieht die Partei im grundsätzlichen Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und fordert die deutsche Sprache für die Predigten in Moscheen. [...]

Quelle: Florack 2017

	Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund	Bevölkerungsanteil mit mit SGB II-Bezug	Zweitstimmenanteil AfD
Münster	20,0	6,6	4,9
Kreis Coesfeld	13,2	4,0	6,1
Kreis Kleve	18,3	6,5	6,9
Bonn	28,8	9,4	7,3
Köln	30,4	11,4	7,3
Kreis Warendorf	20,9	6,2	7,4
Kreis Viersen	17,0	7,2	7,5
Kreis Olpe	19,3	4,1	7,7
Hochsauerlandkreis	14,0	5,3	8,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	17,4	6,5	8,0
Düsseldorf	34,4	11,0	8,0
Krefeld	28,3	14,2	8,3
Rhein-Kreis Neuss	22,7	7,3	8,6
Kreis Gütersloh	23,4	5,3	8,7
Kreis Heinsberg	23,1	7,0	8,7
Städteregion Aachen	25,2	10,2	8,7
Kreis Höxter	18,0	5,0	8,9
Bielefeld	31,8	11,8	9,0
Kreis Soest	20,6	6,3	9,3
Rhein-Sieg-Kreis	21,0	6,6	9,4
Kreis Mettmann	25,3	8,6	9,5
Mönchengladbach	23,9	15,4	9,5
Kreis Höxter	16,8	5,2	9,6
Rhein-Erft-Kreis	23,0	8,6	9,6
Kreis Düren	22,3	9,0	9,6
Solingen	33,1	10,4	9,7
Ennepe-Ruhr Kreis	22,0	8,8	9,8
Bochum	21,3	12,3	9,8
Kreis Euskirchen	14,8	6,0	9,9
Kreis Paderborn	25,4	6,8	9,9
Leverkusen	33,2	11,0	10,3
Dortmund	30,3	15,5	10,3
Oberbergischer Kreis	28,0	5,7	10,6
Kreis Minden Lübbecke	21,9	7,3	10,6
Remscheid	29,0	11,7	10,6
Mülheim	24,5	12,5	10,6
Kreis Siegen-Wittgenstein	19,8	5,9	10,7
Wuppertal	33,8	14,0	10,8
Kreis Herford	26,7	6,9	10,9
Kreis Lippe	29,6	8,6	10,9
Hamm	34,3	13,8	11,1
Märkischer Kreis	27,9	8,1	11,3
Essen	23,2	16,3	11,4
Kreis Recklinghausen	20,5	12,6	12,3
Bochum	16,1	10,8	12,5
Hagen	32,1	14,3	12,8
Oberhausen	20,7	14,5	13,1
Duisburg	29,8	15,8	13,3
Herne	28,2	15,3	13,9
Gelsenkirchen	32,2	19,6	17,0
NRW	24,4	9,8	9,4



der Zusammenhang zwischen dem guten Abschneiden der AfD und dem Anteil der Personen mit Migrationshintergrund nur schwach, der Zusammenhang zwischen AfD-Anteil und SGB II-Quote mit $\gamma = 0,405$ hingegen mittelstark. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass die Einwandererquote weniger entscheidend für das AfD-Ergebnis sein könnte als die soziale Lage vor Ort. Da sich ethnisch-kulturelle und soziale Segregation in den Städten aber oft überdecken, ist eine Regressionsanalyse sinnvoll, die eine isolierte Betrachtung der beiden Einflüsse erlaubt. Die logistische Regression erfordert eine dichotome Einteilung in Städte und Kreise mit hohem und mit niedrigem AfD-Wähleranteil. Für die Einteilung wurde bei einer ersten Berechnung die Grenze beim Landesdurchschnitt (9,4%) gezogen, in einem zweiten Schritt beim Median (9,6%) und in einem dritten Schritt beim Mittelwert (9,8%). Unabhängig von der gewählten Einteilung zeigt sich bei allen drei Berechnungen ein eigenständiger Zusammenhang zwischen einem hohen AfD-Wähleranteil und dem Anteil an SGB II-Beziehern in Städten und Kreisen, wohingegen der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund keinen signifikanten Einfluss ausübt. Die Wahrscheinlichkeit, dass in einer Stadt oder einem Kreis ein hoher Anteil AfD-Wähler zu finden ist, steigt mit zunehmendem Anteil an SGB II-Beziehern. Diese Beziehung erklärt 27% der Varianz.

Die Ursachen für Wahlerfolge im Westen und im Osten sind damit womöglich nicht grundsätzlich verschieden. Zumindest ergeben sich keine Hinweise auf eine bedeutende Rolle des Einwandereranteils vor Ort, weder im Osten noch im Westen.

Fazit

Fragt man nach einwandererspezifischen Wahlergebnissen bei der Bundestagswahl 2017, so wird deutlich, dass sich politische Desintegration von Wählerinnen und Wählern mit Migrationshintergrund nicht ohne weiteres räumlich zeigt. Zugleich ist aber bemerkenswert, dass auch in den stark von

Migration geprägten Städten des Ruhrgebiets relativ hohe Wahlergebnisse der AfD nicht mit der Einwanderungssituation, sondern vielmehr mit prekären sozialen Lagen zu erklären zu sein scheinen. ●



Endnoten

- 1 Alle Angaben im vorliegenden Text zum Ausgang der Bundestagswahl 2017 beziehen sich auf das vorläufige amtliche Endergebnis. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/>
- 2 Im August rief Erdoğan die türkeistämmigen Deutschen auf, bei der Bundestagswahl nicht für CDU, SPD oder Grüne zu stimmen und stattdessen der Politik der Türkei gegenüber freundlich gesonnene Parteien zu wählen.
- 3 Die Tabelle verzeichnet diejenigen Städte, für die sowohl das Wahlergebnis für die „Allianz“ als auch der Anteil der Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund (hier bezogen auf das Jahr 2014) verfügbar waren. Hierunter sind auch Städte, die in Gänze oder in Teilen einem die Stadtgrenzen übergreifenden Wahlkreis angehören. In diesen Fällen wurden über www.votemanager.de und bei den Statistischen Ämtern der Städte Angaben zu den jeweiligen Teilgebieten recherchiert. Die Anzahl der Personen mit türkischem Migrationshintergrund wurde bei den einzelnen kreisfreien Städten recherchiert, entweder über Internetseiten der Städte oder durch direkte Nachfragen. Der türkische Migrationshintergrund definiert sich hier nach Maßgabe des Statistischen Bundesamtes bzw. des Mikrozensus und umfasst Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht von Geburt an besitzen oder bei denen dies auf mindestens ein Elternteil zutrifft. Die Definition umfasst im Einzelnen zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer; zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler und mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen; vgl. Statistisches Bundesamt (2017): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016 – Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden.
- 4 Ohne die Kreise Wesel, Borken, Steinfurt und Unna, für die kein Wahlergebnis nach Kreisgrenzen zu ermitteln war. Quelle der Bevölkerungsdaten: Integrationsmonitoring NRW – Datenübersicht 2016 (www.integrationsmonitoring.nrw.de). Quellen dort: Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in kreisfreien Städten/Kreisen: IT.NRW, Mikrozensus 2015. Bevölkerungsanteil mit SGB II-Bezug: Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Stand: April 2016.
- 5 Gamma ist ein Korrelationsmaß für ordinal oder metrisch skalierte Daten und gibt mit dem Wert die Stärke und mit den Vorzeichen die Richtung des Zusammenhangs zwischen zwei Variablen an. Bei positivem Zusammenhang ist der Verlauf gleichgerichtet, bei negativem Zusammenhang ist er entgegengesetzt. Gamma kann somit Werte zwischen 0 und ± 1 annehmen. Bei einem Gamma-Wert zwischen 0,1 und 0,3 sprechen wir von einem schwachen, zwischen 0,31 und 0,5 von einem mittelstarken und bei einem Wert darüber von einem starken Zusammenhang. Die Anzahl der Sterne bezeichnet das Signifikanzniveau ($*** < 0,001$; $** < 0,01$, $* < 0,05$), das ein Wert für die Überzufälligkeit des Zusammenhangs ist. Je geringer der Wert, desto weniger zufällig ist der Zusammenhang.

Literatur

- Halm, Dirk/Söylemez, Seçkin (2017): Positionen von Migrantenorganisationen in grenzüberschreitenden politischen Debatten. Das Beispiel der „Armenien-Resolution“ des Deutschen Bundestages. In: Leviathan - Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 2017 (1), S. 221-254.
- Florack, Martin (2017): Parteiprofil „Alternative für Deutschland“. <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2017/254700/afd> (Zugang: 02.10.2017)
- Janßen, Andrea/Schroedter, Julia (2007): Kleinräumliche Segregation der ausländischen Bevölkerung in Deutschland: Eine Analyse auf der Basis des Mikrozensus. In: Zeitschrift für Soziologie 36 (6), S. 453-472.
- Neckel, Sighard /Sutterlüty, Ferdinand (2008): Negative Klassifikationen und die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Neckel, Sighard/Soeffner, Hans-Georg (Hg.): Mittendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext. Wiesbaden, S. 15-25.
- Vehrkamp, Robert/Wratil, Christopher (2017): Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017. Gütersloh.
- Werner, Alban (2016): Was ist, was will, wie wirkt die AfD? Köln.
- Yendell, Alexander/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016): Wer unterstützt Pegida und was erklärt die Zustimmung zu den Zielen Der Bewegung? In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen, S. 137-152.
- Zimmer, Almut (2017): Parteiprofil „Allianz Deutscher Demokraten“. <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2017/254474/allianz-deutscher-demokraten> (Zugang: 02.10.2017)

Policy Paper



Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung
Türkiye ve Uyum Araştırmaları Merkezi Vakfı
Institut an der Universität Duisburg-Essen

Die *Policy Paper* des ZfTI greifen aktuelle politische Debatten zu den Themen Migration, Einwandererintegration, Türkei und türkisch-europäische Beziehungen auf. Sie skizzieren knapp und orientiert auf die politische Praxis den jeweiligen wissenschaftlichen Kenntnisstand und leiten Schlussfolgerungen für politische Steuerungsaufgaben ab. Die *ZfTI Policy Paper* erscheinen in unregelmäßiger Folge und sind über das ZfTI zu beziehen.

Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI)

Altendorfer Straße 3, 45127 Essen

Tel. +49 (0) 201/3198-0 - Fax: +49 (0) 201/3198-333

www.zfti.de - zfti@zfti.de

Das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung ist eine Stiftung des Landes NRW und Institut an der Universität Duisburg-Essen.

Foto: © Fotolia-beeboys